

Auf Vernetzung kommt es an

Zum Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement

■ Philipp Mühlberg

Quartiersmanagement ist in Deutschland in den letzten Jahren zu einem unverzichtbaren Stabilisierungsinstrument für Gebiete geworden, deren Alltag von sozialer Benachteiligung geprägt ist. Die vom Bund beschlossenen drastischen Kürzungen bei der Städtebauförderung gefährden ein erfolgreiches Instrument zur Stärkung vieler Gemeinwesen.

Praxisbezug und der konkrete Nutzen verallgemeinerbarer Aussagen stehen im kommunalpolitischen Austausch zu recht hoch im Kurs. Den Berichten aus der Praxis zu den Programmen einer sozialen Stadtentwicklung, angereichert mit Beschreibungen von Leuchtturmprojekten, mangelt es aber zumeist an der gesellschaftspolitischen Würdigung und Einordnung dieser Strategien.

Um die Legitimation und Ausrichtung kommunalen Handelns zu überprüfen, ist es gleichwohl notwendig, regelmäßig Grundsätzliches anzusprechen und Positionen zu bestimmen. So scheint es aktuell wichtiger denn je, einen Begründungszusammenhang aufzuzeigen, der erklärt, weshalb Quartiersmanagement zu einem unverzichtbaren Stabilisierungsinstrument für Gebiete wurde, deren Alltag von sozialer Benachteiligung geprägt ist. Dabei zu berücksichtigen sind die Rückkopplungen aus dem politisch-administrativen und dem wissenschaftlich-analytischen Bereich.

Was die Politik sagt

Philipp Mühlberg ist Soziologe und seit 1992 in der sozialen Stadtneuerung in Berlin tätig. Seit Mitte der 1990er Jahre war er an der konzeptionellen Entwicklung des Berliner Quartiersmanagements beteiligt, seit 2004 hauptamtlich im Referat Soziale Stadt der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

E-Mail
Philipp.Muehlberg@SenStadt.Berlin.de

Jahren ins Leben gerufenen Bund-Länder-Programms wissen, ist diese mangelnde Wertschätzung besorgniserregend. Die Sorge gilt dem Fortbestand einer wichtigen Finanzierungsgrundlage der fachübergreifenden und partizipativ ausgerichteten Interventionsstrategien.

Bundesregierung, aber auch Bundestag, sehen und behandeln die in den zurückliegenden Jahren verfeinerte Idee und Notwendigkeit, sozialen Zusammenhalt zu fördern, zunehmend skeptischer. Eine Begründung, die eine inhaltliche Bewertung der Strukturen und Themen des Programms vorangestellt war, gab die Bundesregierung nicht. So lässt sich festhalten, dass die mit der Mittelkürzung implizite Kritik am Programm weitgehend wortlos, ohne Rechtfertigung auskam und daher tatsächlich schwer zu fassen und zu erwideren ist. Der propagierte Ansatz einer »evidence based policy« nimmt sich selbst nicht ernst.

Einen Beitrag zur Bewertung des Erarbeiteten und das Aufzeigen der Grenzen seiner Wirksamkeit muss daher von den »Betroffenen« dieser Kürzung selbst geliefert werden. Auch wenn sie Gefahr laufen, im Verdacht zu stehen, lediglich pro domo zu reden. Überzeugen können sie nur, wenn das Besondere und Erhaltenswerte des Quartiersmanagements herausgestellt werden kann. Nur so wird es gelingen, die im Rahmen des Quartiersmanagements entwickelten Formen der Zusammenarbeit, die neuen Kooperationspartner und die thematische Ausrichtung in eine Zeit ohne Sonderförderung zu retten und die hart und teuer erarbeiteten Erfahrungen in den Fundus kommunaler Daseinsvorsorge zu übernehmen.

Was die Praxis sagt

Quartiersmanagement findet vielerorts statt und ist in seiner konkreten Ausgestaltung jeweils etwas Anderes, etwas lo-

kal Spezifisches. Ein Rückgriff auf ein geäußertes Selbstverständnis von Soziologen ist hilfreich und nur auf den ersten Blick verwirrend, wenn festgehalten wird: Quartiersmanagement ist das, was die Quartiersmanager machen! Daran knüpft die Frage an, was machen sie anders, was unterscheidet sie von den Sozialarbeiterinnen und deren stadtteilnaher Projektarbeit? Ist es ein Modebegriff, der das beschreibt, was als Gemeinwesenarbeit in Deutschland über eine lange Tradition verfügt?

Vorangestellt möchte ich folgende Antwort geben: Quartiersmanagement ist mehr, nicht nur in seiner Form, sondern in seiner grundlegenden Zielsetzung. Quartiersmanagement ist im Sinne einer Strukturangepasung zu begreifen, die darauf ausgerichtet ist, solidarische Nachbarschaften zu organisieren. Mit dieser Ausrichtung wird der Unterschied zur Gemeinwesenarbeit veranschaulicht, die in ihrer Wirkungsweise latent ähnliche Effekte erzielt, jedoch vorrangig nicht erst

munalen Interventionsansatzes noch fest machen? Worin unterscheidet sich dieser Ansatz von anderen Formen kommunaler Integrationsleistungen?

Quartiersmanagement ist mehr als Gemeinwesenarbeit, aber ohne Gemeinwesenarbeit ist es nichts wert. Wenn Quartiersmanagement erfolgreich ist, schafft es neue Kommunikationszusammenhänge. In allen Konzepten und Anleitungen ist der Vernetzungsgedanke konstitutiv für das jeweilige Verfahren. Diese Netzwerkbildung darf nicht auf Institutionen und sogenannte lokale Akteure beschränkt sein, sondern bezieht sich umfassend auf alle im Stadtteil Lebenden und Arbeiten den.

Daher basiert erfolgreiches Quartiersmanagement auf einer strikt partizipativen Ausrichtung, die gewährleistet, dass aus »Betroffenen« von Verwaltungshandeln eigenständig agierende Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen werden, die sich aktiv mit ihrem Lebensumfeld und Lebenszusammenhängen auseinandersetzen.

begleitenden sozialwissenschaftlichen Debatte der Verdacht, dass das Konzept zivilgesellschaftlichen Engagements eine neoliberalen Strategie des sich aus der Verantwortung nehmenden Staates wäre.

Eine differenzierte Beschreibung, die das implizite, emanzipatorische Potential hervorhebt, kommt in die Nähe des Kollaborationsverdachtes mit den so umschriebenen »Sozialkapitalisten«, die die verloren geglaubten Stadtteile durch die Nutzung von Selbstorganisationsansätzen lediglich in einen übergreifenden Wertungszusammenhang wieder einbinden wollen.

Eine ausgewogene Analyse von Quartiersmanagement als Kommunalinstrument bot die Sozialwissenschaft bislang nicht an; gleichwohl Ausgangspunkt und gesellschaftspolitische Notwendigkeit für den kommunalen Handlungsbedarf plausibel beschrieben wird. Die Debatte beschreibt die »kumulative(n) Probleme städtischer Armutskonzentration ... (den) Mangel an sozialer Kohäsion und Barriere für lokale Wettbewerbsfähigkeit«. Sie reduziert aber die fachübergreifenden und partizipativen Strategien auf das Ziel »soziale Voraussetzungen ökonomischer Prozesse« schaffen zu wollen. Quartiersmanagement ist damit das Instrument zur Durchsetzung des »Interesse(s) an gesteigerter wirtschaftlicher Performance«. Häufig endet diese Kommentierung mit dem Vorwurf der »Depolitisierung der Exklusionsprozesse« (1). »Politik ist nicht mehr auf die Bekämpfung der Armut gerichtet, sondern beschränkt sich auf eine Intervention in den ›Problemgebieten‹, um die Auswirkung von Verarmung hinsichtlich sozialer Isolation und Ausgrenzung nicht direkt wirksam werden zu lassen.« (2)

Die Ursachen sozialer Teilung lassen sich mit Quartiersmanagement nicht beheben. Die negativen Folgen einer verstärkten Konzentration einer sich selbst überlassenen und beschleunigenden Verelendung aber schon. Ist es falsch, zusätzliche gesellschaftliche Ressourcen zu investieren, um Benachteiligung, die allein aus der Benachteiligung erwächst, zu überwinden? Ein Programm, das kleine Brötchen bäckt und dabei Voraussetzung schafft, individuelle Chancengleichheit zu verbessern, kann nicht verkehrt sein. Auch die Förderung von Zivilgesellschaft – verstanden als gemeinsame und gegenseitige Verantwortungsübernahme – er-

»Wenn Quartiersmanagement erfolgreich ist, schafft es neue Kommunikationszusammenhänge«

die Strukturen schaffen muss, in denen Nachbarschaft gelebt wird. Dieser feine Unterschied ist bedeutend, da er häufig selbst den Verfahrensbeteiligten aus dem Blick gerät und somit droht, dass das »Geheimnis des Erfolges« und der Begründungszusammenhang für Quartiersmanagement verloren gehen.

Wer den Begriff Quartiersmanagement nutzt, bezieht sich auf eine mehrdeutige Semantik, die sich innerhalb Deutschlands kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen lässt. Der Begriff ist zur Projektionsfläche und zum kommunalen Alleskönnen geworden und bietet vielen, die sich irgendwie mit sozialem Zusammenhalt in Stadtteilen beschäftigen Identifikation und eine gemeinsame Ausgangsbasis.

Woran lässt sich die besondere Qualität des mit dem unscharfen Quartiersmanagement-Begriff beschriebenen kom-

menen und Verantwortung dafür übernehmen.

Die Motivation dafür liegt in der Erfahrung der Selbstwirksamkeit begründet. Partizipativ heißt, dass nicht die Verwaltung allein über die Entwicklung eines Quartiers entscheidet. Viel mehr sind Formen zu entwickeln, wie Fachkompetenz und lebensweltliche Kompetenz eines Stadtteils im gemeinsamen Handeln und einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie zusammengeführt werden. Damit sind die Eckwerte benannt.

Meinungen der Wissenschaft

Gemeinsinn, Gemeinwesen und bürgerschaftliches Engagement sind von der Politik vielleicht zu häufig als kameralistische Ersatzmaßnahme beansprucht worden. Bis heute dominiert deshalb in der

weist sich gleichwohl als richtig. Es trägt dazu bei, eine Vorstellung über die Stärke und Bedeutung von Selbstorganisation für ein funktionierendes Gemeinwesen zu entwickeln.

Gemeinhin wird dies unterschätzt. Nicht Staat, Verwaltung, sondern massenhaftes, individuelles Verhalten konstituiert gesellschaftlichen Zusammenhang und so auch soziale Kohäsion. Der emanzipatorische Gehalt des zivilgesellschaftlichen Ansatzes wird damit deutlich, der in der sozialwissenschaftlichen Kritik vernachlässigt wird. Die Frage danach, wer Anteil hat an der Organisation von Zusammenleben, betont hingegen die Verantwortung jedes Einzelnen. Und diese Frage ist im Konzept der Zivilgesellschaft angelegt und wird in der angewandten Empowerment-Strategie der Quartiersmanagements konsequent verfolgt: Was kann der Einzelne in den gemeinsamen Zusammenhang einbringen?

Voraussetzung dafür ist, dass der gemeinsame Zusammenhang herausgestellt wird. Dies begründet die partizipative Ausrichtung des Verfahrens. Quartiersmanagement baut darauf, dass es den

Schulterschluss zwischen lokalen Akteuren und Individuen ermöglicht, um die Standards des Zusammenlebens auszuhandeln und täglich zu reproduzieren. Diesen Sinnzusammenhang auf Stadtteilebene überführt bedeutet, dass wir uns der Aufgabe einer gleichwertigen Teilhabe – in allen denkbaren und sicher auch noch zu entwickelnden, partizipativen Formen – am gesellschaftlichen Austausch stellen müssen, um die Probleme sozial benachteiligter Stadtteile lösen zu können. Wissenschaftliche Unterstützung ist dafür willkommen.

Von der Projektitis zur Verwaltungsreform

Eine wichtige Abgrenzung ist gegenüber denen notwendig, die im Quartiersmanagement lediglich die Finanzierung stadtteilnaher Projektarbeit sehen. Damit erfolgt eine problematische Reduktion des Gesamtkonzeptes. Sie banalisiert den integrierenden Kommunikationsansatz auf einen Teilaspekt, der nur ein Baustein von mehreren ist.

Die zusätzlich finanzierten Projekte und Maßnahmen sind die Spitze eines öffentlich wahrgenommenen Eisbergs. Sie dienen vordergründig als Katalysator, um Kommunikation zu ermöglichen und Netzwerke zu etablieren. Alles, was im Vorfeld von Projekten, Initiativen und Maßnahmen zu einer Veränderung, Mobilisierung und Verbesserung der Kommunikation im Stadtteil selbst, in der Kommunalverwaltung und zwischen beiden Bereichen stattfindet, ist ausschlaggebend für den Erfolg von Quartiersmanagement.

Die mit Quartiersmanagement verbundene Strukturangepassung der kommunalen Daseinsvorsorge findet kaum öffentliche Beachtung. Diese Prozesse verfügen über keine Ausstrahlungskraft. Bei Präsentation überwiegen daher die »Best-Practice-Revuen«, die das Struktur-Thema ausblenden. Das Attribut »fachübergreifend« birgt Sprengstoff und weist darauf hin, dass sich in den Abläufen der Verwaltungstätigkeit etwas ändert, um mit Quartiersmanagement eine Anpassung der Verwaltung an die veränderten Bedingungen eines Stadtteils zu erreichen.

Was das Gesetz sagt: Maßnahmen der Sozialen Stadt

- (1) Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt in Stadt- und Ortsteilen, deren einheitliche und zügige Durchführung im öffentlichen Interesse liegen, können auch anstelle von oder ergänzend zu sonstigen Maßnahmen nach diesem Gesetzbuch nach den Vorschriften dieses Teils durchgeführt werden.
- (2) Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht. Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist. Ein besonderer Entwicklungsbedarf liegt insbesondere vor, wenn es sich um benachteiligte innerstädtische oder innenstadtnah gelegene Gebiete oder verdichtete Wohn- und Mischgebiete handelt, in denen es einer aufeinander abgestimmten Bündelung von investiven und sonstigen Maßnahmen bedarf.
- (3) Die Gemeinde legt das Gebiet, in dem die Maßnahmen durchgeführt werden sollen, durch Beschluss fest. Es ist in seinem räumlichen Umfang so festzulegen, dass sich die Maßnahmen zweckmäßig durchführen lassen.
- (4) Grundlage für den Beschluss nach Absatz 3 ist ein von der Gemeinde unter Beteiligung der Betroffenen (§ 137) und

der öffentlichen Aufgabenträger (§ 139) aufzustellendes Entwicklungskonzept, in dem die Ziele und Maßnahmen schriftlich darzustellen sind. Das Entwicklungskonzept soll insbesondere Maßnahmen enthalten, die der Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen dienen.

- (5) Bei der Erstellung des Entwicklungskonzeptes und bei seiner Umsetzung sollen die Beteiligten in geeigneter Form einzogen und zur Mitwirkung angeregt werden. Die Gemeinde soll die Beteiligten im Rahmen des Möglichen fortlaufend beraten und unterstützen. Dazu kann im Zusammenwirken von Gemeinde und Beteiligten eine Koordinierungsstelle eingerichtet werden. Soweit erforderlich, soll die Gemeinde zur Verwirklichung und zur Förderung der mit dem Entwicklungskonzept verfolgten Ziele sowie zur Übernahme von Kosten mit den Eigentümern und sonstigen Maßnahmeträgern städtebauliche Verträge schließen.
- (6) Die §§ 164a und 164b sind im Gebiet nach Absatz 3 entsprechend anzuwenden. Dabei ist § 164a Abs. 1 Satz 2 über den Einsatz von Finanzierungs- und Fördermitteln auf Grund anderer gesetzlicher Grundlage insbesondere auch auf sonstige Maßnahmen im Sinne des Absatzes 2 Satz 3 anzuwenden.

§ 171e des Baugesetzbuches

Diese Neuausrichtung kommunaler Organisationsstrukturen ist mit dem Begriff von Gemeinwesenarbeit nicht zu beschreiben. Sie knüpft daran an, schafft neue Kommunikationsbeziehungen und greift den in der Gemeinwesenarbeit angelegten Gedanken der Kooperation gleichberechtigter Partner auf, die gemeinsam mit ihren jeweiligen Mitteln dazu beitragen, eine gleichwertige Entwicklung eines Stadtteils zu gewährleisten.

Beispiel Berliner Quartiersmanagement

Seit 1999 nutzt Berlin die partizipative und fachübergreifende Strategie des Quartiersmanagements, um auf eine sich immer stärker ausbildende soziale und

räumliche Trennung innerhalb der Stadt zu reagieren.

Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel nach der Wiedervereinigung nahm die Bevölkerungsschicht zu, die kaum Aussichten auf Erwerbstätigkeit hat und von staatlichem Transfer lebt. Parallel entstand in Berlin und dem Umland zusätzlicher Wohnraum – allein bis zum Jahr 2000 etwa 200.000 zusätzliche Wohnungen (3). Das vergrößerte Wohnungsangebot und die Entstehung eines einheitlichen Wohnungsmarktes im Metropolenraum beförderte Fluktuation, in deren Folge etablierte Wohnmilieus begannen sich aufzulösen.

Beide Entwicklungen überlagern sich und bewirken, dass viele Stadtteile sich in ihrer sozialen Zusammensetzung tiefgreifend veränderten. Die sozial einseitige Fluktuation führt im Ergebnis zu einer

sich verschärfenden Segregation. Diejenigen, die es sich leisten konnten, zogen um. Die für Berliner Quartiere bisher typische Durchmischung mit unterschiedlichen sozialen Bevölkerungsgruppen löst sich zunehmend auf. Soziale Unterschiede bilden sich im Stadtraum ab. Quartiere werden zunehmend durch besondere, soziale und ethnische Gruppen geprägt.

Eine sich selbst verstärkende Entwicklung, die anhält und durch die Betrachtung der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung an Brisanz gewinnt. Die Entwicklungsszenarien gehen von einer stagnierenden Bevölkerungszahl aus, wobei das gleichbleibende Saldo durch die Zuwanderung Nichtdeutscher gehalten werden soll (4). Die prognostizierte Entwicklung ist also soziodemographisch unausgeglichen und, tritt sie tatsächlich ein, wird sie zur Verfestigung sozialer Pro-

Bündnis für eine Soziale Stadt

»Die Menschen, nicht die Häuser machen die Stadt«



Die soziale Differenzierung und Spaltung in Deutschland nimmt zu. Mehr denn je geht es darum, das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch städtebaulich, sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen zu unterstützen und Konflikte innerhalb der Wohn- und Stadtquartiere friedlich zu bewältigen. Damit nicht immer mehr städtische Wohnquartiere abgleiten und vorhandene soziale Brennpunkte wieder zu funktionierenden Nachbarschaften werden, mobilisiert das Programm »Soziale Stadt« Menschen und Ressourcen für eine positive Quartiersentwicklung und fördert das Zusammenwirken der verschiedenen Ressorts und Politikbereiche sowie der Akteure aus Zivilgesellschaft und Ökonomie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im konkreten Quartier vor Ort.

Um diesen innovativen Politikansatz zu unterstützen, hat ein Verbund von Auslobern – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Deutscher Städtetag, Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Schader-Stiftung sowie Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung – im Jahr 2000 den bundesweiten Wettbewerb zum »Preis Soziale Stadt« ins Leben gerufen.

Nahezu 1.000 Projekte wurden seit 2000 eingereicht und publik gemacht. Sie zeigen, wie sozialen Konflikten innerhalb von Nachbarschaften, der sozialen Entmischung sowie der krisenhaften Entwicklung ganzer Wohnquartiere begegnet werden kann und wie Integrationserfolge erzielt sowie nachhaltig gesichert werden können. Die Ergebnisse auch des diesjährigen Wettbewerbs bestätigen eindrucksvoll die Bedeutung

des Programms »Soziale Stadt«. Es muss auch in Zukunft ein zentrales Instrument der Städtebauförderung bleiben, das die Initiativen zahlreicher Akteure bei der sozialen Stabilisierung benachteiligter Quartiere wirksam unterstützt. Die für das Jahr 2011 von der Regierungskoalition beschlossene radikale Kürzung des Programms »Soziale Stadt« beseitigt dessen bedeutungsvollen strategischen Ansatz. Kernanliegen und Erfolgsgarantie des Programms, nämlich die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen, werden im Jahr 2011 nur eingeschränkt zugelassen. Das bedeutet faktisch das Aus für das »Soziale« im Programm »Soziale Stadt«.

Wir – die Auslober des Preises »Soziale Stadt« – haben gemeinsam mit allen betroffenen Verbänden die Bundesregierung aufgefordert, von den beabsichtigten Kürzungen Abstand zu nehmen, leider weitgehend ohne Erfolg. Daher rufen wir gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund aus Anlass der Preisverleihung zur Gründung eines Bündnisses für eine Soziale Stadt auf.

Wir fordern alle, die sich für sozialen Frieden und solidarischen Zusammenhalt in den Wohn- und Stadtquartieren Deutschlands engagieren, zur Fortsetzung der erfolgreichen integrierten Stadtentwicklungspolitik auf der Grundlage der Städtebauförderung auf: Treten Sie unserem Bündnis bei und unterstützen Sie in den nächsten Monaten die Forderung, das Programm »Soziale Stadt« im Jahr 2012 wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 zu fördern. Denn das Programm leistet einen wichtigen Beitrag, um die soziale Stabilität in unseren Städten zu sichern!

Gründungsauftruf vom 13. Januar 2011

Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Fritschestraße 27/28, 10585 Berlin, E-Mail buendnis-soziale-stadt@bhw.de, Internet <http://www.buendnis-soziale-stadt.de>

blemlagen in bestimmten Stadtteilen beitragen.

Jene Stadtteile, denen aufgrund dieser Verfestigung soziale Exklusion droht, lassen sich anhand einer gestuften Monitoring-Analyse ermitteln. Sie lag auch der Festlegung der gegenwärtigen Berliner Quartiersmanagementgebiete zugrunde. Dabei gilt die Arbeitshypothese: Stadtteile mit stark vereinseitiger sozialer Zusammensetzung und der Überlagerung vielschichtiger sozialer Benachteiligung sind durch das Risiko sozialer Erosion besonders geprägt.

Das Berliner Quartiersmanagement ist im beschriebenen Sinne darauf ausgerichtet, die soziale Integrationskraft eines Stadtteils durch partizipative und ressortübergreifende Kooperation unterschiedlicher Fachpolitiken sowie gesellschaftlicher Akteure wieder zu stärken. Es beeinflusst dabei kaum die sozioökonomischen Parameter der Stadtteile, es vermag jedoch, den Zusammenfall von Verarmung und Entsolidarisierung zu vermeiden.

In Berlin gibt es derzeit 34 förmlich festgelegte Gebiete der Sozialen Stadt nach § 171e des Baugesetzbuches (vgl. Kasten Seite 125), in denen Quartiersmanagement durchgeführt wird. Hervorstechende Auffälligkeit dieser Gebiete ist die Überlagerung mehrerer Formen sozialer Benachteiligung, die mit wenigen Indikatoren beschrieben werden kann:

- Arbeitslosigkeit – Durchschnittsanteile in den Gebieten: 10 bis maximal 13 Prozent (Berliner Durchschnitt: 7%)
(5)
- Anteil der Transfereinkommensbezieher – Durchschnittsanteile in den Gebieten: 39 bis maximal 61 Prozent (Berliner Durchschnitt: 15%)

- Migrantenanteil – Durchschnittsanteile in den Gebieten: 49 bis maximal 77 Prozent (Berliner Durchschnitt: 25%)

Der Indikator Zuwanderungserfahrung (Migrant) stellt für sich zwar keine soziale Benachteiligung dar. Hierbei handelt es sich aber um einen Indikator, der nachgeordnete, soziodemographische Merkmale beschreibt, zu denen keine aggregierten Daten vorliegen. Die besondere Einwanderungsgeschichte bestimmter ethnischer Gruppen und deren soziale Sonderbehandlung führte zu sozialen Problemen, die heute ethnisch eingefärbt erscheinen. (6)

Ämter über Projekte, Initiativen und Maßnahmen, die mit den jährlich zur Verfügung gestellten Geldern der Sozialen Stadt finanziert werden. Die Berliner Quartiersräte bilden das Konsensgremium, in denen lebensweltliches Alltagswissen und Fachkompetenz zusammengeführt werden.

Das Berliner Quartiersmanagement verfügt in Berlin bislang über eine hohe politische Akzeptanz. Ob der erfolgreiche begonnene Kurs der zurückliegenden Jahre gehalten wird, ist gleichwohl nicht ausgemacht. ◆

Wie weiter?

Seit einer strategischen Neuausrichtung des Berliner Quartiersmanagements im Jahre 2005 konzentrieren sich die Quartiersverfahren auf eine Verbesserung der Lebenschancen (Förderung von Bildung, soziale und ethnische Integration und Erwerbsarbeit). Die flankierende physische Aufwertung durch Investitionsmittel konzentriert sich auf die Schaffung von Voraussetzungen der Nachbarschaftsentwicklung und eine Verbesserung der Bildungs- und Sozialbetreuungsinfrastruktur.

Jedes Berliner Quartier verfügt über ein Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept, das die Schwächen und Stärken eines Quartiers benennt und einen strategischen Arbeitsplan darstellt, der innerhalb der grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung – Bildung, Integration und Erwerbstätigkeit – konkrete Maßnahmen und Partner zur nachbarschaftlichen Stabilisierung und baulichen Aufwertung aufführt. Daraus abgeleitet beraten lokale Quartiersräte zusammen mit den Steuerungsrunden der bezirklichen

Anmerkungen

(1) Alle Zitate Meyer, Margit, FU Berlin, Das Konzept des Sozialkapitals, 2005. Stellvertretend zusammen mit Dangschat zwei wichtige Stimmen aus dieser Diskussion.

(2) Dangschat, Jens, Social Cohesion, vhw FWS 1 / Januar/Februar 2011.

(3) Aktuell liegt der strukturelle Wohnungsleerstand in ganz Berlin bei ca. 100.000 Wohnungen.

(4) Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2007 bis 2030, Berlin 2008.

(5) Der Bezug ist auf die Gesamtbevölkerung des Gebiets, nicht nur auf die Erwerbsbevölkerung hergestellt, weil eingeschätzt werden soll, welche Bedeutung Erwerbsarbeit für den Stadtteil an sich hat.

(6) Nur 25% der Erwerbsbevölkerung der türkischen Migranten in Berlin besitzt einen Berufsabschluss, DIW, Brenke, Migranten in Berlin, DIW Wochenbericht Nr. 35/2008. Dies resultiert aus dem einst vorherrschenden Gastarbeitermodell.